

Nr. 653913

II-13414 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1994 -04- 25

ANFRAGE

des Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend ein Verfahren gegen 42 Personen wegen § 281 StGB

Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Menschenrechtssituation für Wehrdienstverweigerung (Normierung einer vermutlich verfassungswidrigen 4-Wochen-Frist für die Einbringung von Gewissensgründen ab dem Zeitpunkt der ersten Stellung, wodurch eine spätere Änderung der Gewissenseinstellung nicht mehr akzeptiert wird) haben zahlreiche Personen in Österreich einen öffentlichen Aufruf unterzeichnet, in dem eine Streichung der Strafparagrafen des Wehrrechtes sowie des Zivildienstgesetzes verlangt werden. Zur Unterstreichung dieses Aufrufes wurde von diesen Personen ein Aufruf zum zivilen Ungehorsam gegenüber dem Wehrrecht mit angeschlossen.

Am 24. und 26. Mai sollen nun vor dem Wiener Landesgericht Strafverhandlungen gegen 42 Personen wegen § 281 StGB beginnen. Es ist evident, daß es sich dabei um ein politisches Verfahren handelt, das sich gegen eine Aktion des zivilen Ungehorsams richtet, die im Zusammenhang mit einer rechtlich schützenswerten Bestimmung der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. Die betroffenen 42 Personen haben unter Berufung auf einen Bruch der Menschenrechtskonvention durch österreichische Gesetze, der bis dato nicht ausjudiziert ist, zum zivilen Ungehorsam aufgerufen.

Die unterfertigten Abgeordneten erachten die Menschenrechte als ein vorrangiges Rechtsgut und richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

ANFRAGE:

1. Halten Sie ein derartiges politisches Strafverfahren für verantwortbar?
2. Welche Schritte werden Sie setzen, damit es nicht zu einer politisch motivierten Verurteilung der betroffenen Menschenrechtsaktivisten und -aktivistinnen kommt?
3. Wie beurteilen Sie die Strafandrohung wegen einer Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze, wenn es sich um MenschenrechtsaktivistInnen handelt, die unter Berufung auf die Europäische Menschenrechtskonvention die Legitimität von Gesetzen anzweifeln (wie etwa in den USA durch die schwarze Bürgerrechtsbewegung unter Martin Luther King geschehen)?